

Auns plant Initiative  
gegen Verträge mit der EU Seite 6Als man in Nidwalden  
für ein Kraftwerk kämpfte Seite 7Auch der Aargau entscheidet  
über Sprache im Kindergarten Seite 7Selbstbewusste  
Walliser Gemeinden Seite 7

# Ein virtuelles Museum für eine weit verstreute Sammlung

Die neue Strategie für eine kostengünstige Präsentation der Kunstsammlung des Bundes befriedigt nicht alle Wünsche

Der Bund will seine grosse Kunstsammlung besser der Öffentlichkeit vermitteln. Ein neues Konzept sieht ein neues Online-Portal sowie mehr Präsenz in Museen vor.

Davide Scruzzi

Zu den bedeutendsten Kunstsammlern des Landes zählt der Bund. Mit über 20 000 Werken bietet seine Kunstsammlung einen Querschnitt durch das künstlerische Schaffen des 19., 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts. Werke von Hodler und Giacometti wie auch von zeitgenössischen Künstlern wie Roman Signer oder Pipilotti Rist gehören zu den Beständen. Angeregt von einem parlamentarischen Vorstoss hat sich das Bundesamt für Kultur (BAK) intensiv mit den Möglichkeiten einer besseren Nutzung der Sammlung auseinandergesetzt. Das Grobkonzept dazu sei nun erarbeitet, bestätigt BAK-Direktorin Isabelle Chassot.

Die neue Strategie für die 1887 begründete Sammeltätigkeit ist Teil der Kulturbotschaft 2016–2019, die im Sommer in die Vernehmlassung gehen wird. Auf die erörterte Einrichtung eines neuen Museums will der Bund dabei verzichten. Nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern auch weil eine wichtige Aufgabe der Sammlung heute die Bestückung öffentlicher Gebäude mit Kunst ist. Dazu gehören öffentlich zugängliche Räume im In- und Ausland – vom Bundeshaus bis zu den Botschaften, aber auch Büros der Bundesverwaltung. Viele Werke hängen zudem als Leihgaben in Schweizer Museen.

## Starker Online-Auftritt

Daher will das BAK die 20 000 Werke, zu denen auch hochwertige Designstücke wie Möbel oder Schmuck gehören, nun in erster Linie online zugänglich machen und so der Gesamtheit der Sammlung neue Geltung verschaffen, ohne deren dezentrale Struktur aufzuheben. Geplant ist ein umfangreicher Internetauftritt, im Rahmen dessen auch profunde Erläuterungen zu den Werken aufgeschaltet werden. Isabelle Chassot nennt die Online-Datenbank der Schweizerischen Fotostiftung als möglichen Entwicklungsweg. Im Übrigen will sich das BAK vermehrt dafür



Im Depot der Kunstsammlung des Bundes hängen die Bilder, etwa von Peter Stämpfli, platzsparend auf Gestellen.

JOËL TETTAMANTI

engagieren, dass Objekte der Sammlung in Wechselausstellungen im ganzen Land präsentiert werden. Dies wird bisweilen schon gemacht, etwa noch bis zum 24. Mai in der Ausstellung «Blütenlese» in der Nationalbibliothek in Bern.

Insgesamt soll sich das finanzielle Engagement des Bundes in Grenzen halten. Von der neuen Strategie nicht tangiert ist das Depot der Sammlung: Seit 2002 sind Werke, die nicht ausgeliehen oder in Bauten placiert sind, an der

Berner Monbijoustrasse untergebracht. Der Wert der Sammlung wird auf über eine halbe Milliarde Franken geschätzt.

Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (cvp., Freiburg) hatte mit einem überwiesenen Vorstoss die konzeptionellen Arbeiten des Bundes ins Rollen gebracht. Dass nun der Bund auf die in ihrem Postulat erwähnte Schaffung einer eigentlichen Nationalgalerie verzichtet, erstaunt sie nicht. Wichtig ist ihr aber, dass neben der neuen Online-

Präsentation die eigentlichen Ausstellungen nicht zu kurz kommen. Bulliard-Marbach schweben Wechselausstellungen in verschiedenen Museen vor, die aber doch stets einen Eindruck von der Gesamtheit der Sammlung geben sollen. Das Bundesamt für Kultur müsse seine Vorstellungen dazu konkretisieren. Auch findet es die Freiburger Nationalrätin sinnvoll, wenn zumindest zeitweise das Depot der Sammlung berücksichtigt werden könnte.

Wie Nicole Bauermeister von der Schweizerischen Gesellschaft für Kunstgeschichte erklärt, ist das Vorgehen des Bundes angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen «realistisch». Bauermeister stellt aber fest, dass die Sammlung im Allgemeinen auch unter Fachleuten wenig bekannt sei; dabei seien ihre Bestände auch ein wichtiger historischer Indikator für den wechselnden «Schweizer Kunstgeschmack». Darin und in der nationalen Ausrichtung sieht auch Roger Fayet vom Schweizerischen Institut für Kunstwissenschaft die Besonderheit der Sammlung. Im Gegensatz zu Sammlungen von Museen, die ihre oftmals sehr wertvollen Werke nur unter hohen Sicherheitsvorkehrungen zeigen können, seien die meisten Werke der Bundeskunstsammlung auch für eine Präsentation in wenig gesicherten Räumen geeignet. Der Umstand, dass die Sammlungen der grossen Museen aber deutlich werthaltiger seien, zeige zudem, dass die Realisierung eines eigenen Museums für die Kunstsammlung des Bundes wenig sinnvoll wäre, sagt Fayet – und weist dabei darauf hin, dass es in jeder grösseren Stadt bereits ein bedeutendes Kunstmuseum gebe.

## Weiterhin notwendig?

Die Sammlung wächst ständig an. Jedes Jahr werden Werke im Wert von weit über 100 000 Franken erworben, hinzu kommt ein Budget für die Sammlung von Designobjekten. Roger Fayet bezeichnet diese Fortführung der Tradition als zeitgemäss, schliesslich habe sich die Placierung von Kunst in alltäglichen oder repräsentativen Räumen auch in Unternehmen durchgesetzt.

Die Beschaffungspolitik wird von der Eidgenössischen Kunstkommission vorgegeben, einem Gremium mit sieben Mitgliedern. Eine Koordination mit den Ankäufen kantonaler oder privater Museen hält man beim BAK weiterhin für wenig sinnvoll. Den kantonalen Kunstmuseen obliege die Sammlung von Kunst aus einer regionalen oder eben kantonalen Perspektive. Den Kantonen steht laut der Bundesverfassung auch der Primat in der musealen Aufarbeitung zu. Die Stärke der Sammlung des Bundes liege indes in einer sonst eher vernachlässigten nationalen Optik, sagt BAK-Direktorin Isabelle Chassot. Diesbezüglich hegen freilich auch Museen in den Kantonen Ambitionen, etwa das Aargauer Kunsthaus.

## Innerrhodens Sorge um die Eigenständigkeit

Die Landsgemeinde heisst alle Geschäfte gut – die Jungen als Schlüssel zum Wohlstand

Appenzell Innerrhoden hat eine ungewöhnlich ruhige und kurze Landsgemeinde erlebt. Sämtliche Geschäfte blieben unbestritten. Mehr Aufmerksamkeit fanden die Zwischentöne, vor allem die Sorge um die Eigenständigkeit.

Jörg Kruppenacher, Appenzell

Wenige unbestrittene Geschäfte, dazu die unangefochtene Wahl des Geflügelzüchters und Grossrats Rolf Inauen zum Kantonsrichter – die Landsgemeinde in Appenzell hat am Sonntag keine Spannung aufkommen lassen. Dennoch versammelten sich bei abklingendem Regen erstaunlich viele Stimmberechtigte im «Ring».

## Wachstum füllt Kantonskasse

Die Anziehungskraft dieses zeremoniellen Aktes Innerrhoder Direktodemokratie ist ungebrochen, gerade auch bei Jungen. Deren Engagement wür-

digte der Regierende Landammann Daniel Fässler denn auch in seiner Ansprache. Die Jungen zeigten Interesse an der kantonalen Politik und, was nicht minder wichtig sei, Bereitschaft zur Pflege der Gemeinschaft. Den Nachwuchs, besser als noch Mitte des letzten Jahrhunderts, im Kanton halten zu können, sei das höchste Ziel, um die Eigenständigkeit Innerrhodens so weit wie möglich zu bewahren. «Wenn die Bevölkerung und die Beschäftigung wachsen», folgerte der Landammann, «geht es dem Kanton besser.»

Die Eigenständigkeit ist nicht akut bedroht. Die Bevölkerungszahl steigt moderat an, im letzten Jahr allerdings nur um 0,4 Prozent, die geringste Zuwachsrate aller Kantone. Die Finanzen sind gesund: Innerrhoden hat letztes Jahr ein Plus von einer halben Million Franken erwirtschaftet, das Eigenkapital beträgt 3300 Franken pro Kopf. Dennoch sprach aus den Worten Fässlers die Sorge, dass der Kleinkanton auf seiner «Gratwanderung» nicht ausrutsche und den Anschluss an andere Kantone nicht verliere. In Innerrhoden stehen zudem

in den nächsten Jahren mehrere Investitionsvorhaben an, und die Zukunft des eigenen Spitals ist ungewiss.

## Hürden für Pauschalsteuern

Von grundlegender Skepsis war in der Folge das Votum des Landsgemeinderedners Albert Neff geprägt, der sich angesichts reger Bautätigkeit beklagte, dass Appenzell nicht mehr unversehrt sei. Es sei schade «um jeden Quadratmeter Boden, den wir verbauen».

Unter diesem Titel stand auch die Opposition der «Gruppe für Innerrhoden» gegen das einzige halbwegs umstrittene Geschäft, den Bau eines Rad- und Fusswegs zwischen Haslen und Teufen für 1,5 Millionen Franken. Den Antrag auf Rückweisung zwecks Minimierung des Bodenverbrauchs lehnte das Stimmvolk aber klar ab. Diskussionslos hiess es zudem Anpassungen bei den Finanzkompetenzen des Parlaments sowie bei der Pauschalbesteuerung gut. Wer in Innerrhoden pauschal besteuert wird, muss künftig mindestens 120 000 Franken pro Jahr abliefern.

## Reimann Präsident der Auns

Überraschender Rücktritt Schwanders aus Gesundheitsgründen

(sda) · An der Spitze der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) ist es überraschend zu einem Wechsel gekommen. Der 52-jährige Nationalrat Pirmin Schwander (Schwyz) hat das Amt des Präsidenten nach zehn Jahren aus gesundheitlichen Gründen abgegeben. In seine Fussstapfen tritt der 31-jährige St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann.

Schwander hatte den Auns-Vorstand am Freitag informiert, dass er als Präsident zurücktrete. Als Nachfolger schlug er Reimann vor. Dieser wurde an der Mitgliederversammlung am Samstag in Bern einstimmig zum neuen Auns-Präsidenten gewählt. Schwander selbst konnte an der Versammlung nicht teilnehmen. Dieser habe seit längerem gesundheitliche Probleme, die sich in jüngster Zeit zugespitzt hätten, sagte Auns-Geschäftsführer Werner Gartenmann auf Anfrage. Im Nationalrat wird Schwander weiterhin bleiben, wie Xaver Schuler, Präsident der SVP Schwyz, der SDA sagte. Schwander hatte das Präsidium der Organisation 2004 von Christoph Blocher übernommen, der

die Auns 1986 zusammen mit dem damaligen Gewerbeverbands-Direktor Otto Fischer gegründet hatte.

Auf Reimann kommt die Aufgabe zu, eine Volksinitiative zu lancieren. Die rund 700-köpfige Mitgliederversammlung beauftragte am Samstag den Vorstand, bis Ende September eine Initiative auszuarbeiten, welche die «Wiedererlangung der Eigenständigkeit» der Schweiz in jenen Bereichen verlangt, wo sie «mit den Bilateralen I und II verloren gegangen ist». Der Vorstand werde verschiedene Vorschläge ausarbeiten, sagte Reimann auf Anfrage. Die Vorschläge sollen dann den Mitgliedern unterbreitet werden.

Gartenmann sagte, die Auns wolle nicht den Abbruch der Beziehungen mit der EU verlangen. «Aber wir möchten ohne Tabus über eine mögliche Kündigung der bilateralen Verträge diskutieren.» Der Auns ist insbesondere das Schengen-Abkommen ein Dorn im Auge. Als Alternative zum bisherigen bilateralen Weg schlägt die Auns ein erweitertes Freihandelsabkommen mit der EU vor.